

Pensions at a Glance 2013: OECD and G20 Indicators

Summary in German



Die komplette Publikation finden Sie unter: [10.1787/pension_glance-2013-en](https://doi.org/10.1787/pension_glance-2013-en)

Renten auf einen Blick 2013: OECD- und G20-Länder – Indikatoren

Zusammenfassung in Deutsch

- In dieser Ausgabe von Renten auf einen Blick wird der Verteilungseffekt der Rentenreformen der jüngsten Zeit untersucht und analysiert, welchen Einfluss Wohneigentum, Finanzvermögen und öffentliche Dienstleistungen auf den Lebensstandard im Alter haben können.
- Zudem enthält diese Ausgabe ein umfassendes Spektrum rentenpolitischer Indikatoren – zum Aufbau der Altersvorsorgesysteme, zu den künftigen Rentenansprüchen von Männern und Frauen in unterschiedlichen Verdienstgruppen, zur Finanzierung der Renteneinkommenssysteme insgesamt, zum demografischen und wirtschaftlichen Kontext der Altersvorsorgesysteme sowie zur privaten Altersvorsorge und zu öffentlichen Pensionsreservfonds.
- Darüber hinaus liefert diese Publikation einen Überblick über die Rentensysteme sämtlicher OECD- und G20-Länder.

Späterer Renteneintritt und mehr private Vorsorge

Auch wenn sich die in den einzelnen Ländern durchgeführten Reformen unterscheiden, sind doch zwei große Trends zu erkennen. Erstens wurden die öffentlichen umlagefinanzierten Rentensysteme mit dem Ziel reformiert, einen späteren Renteneintritt zu erwirken, und zwar durch Anhebungen des Rentenalters, die Einführung automatischer Anpassungsmechanismen sowie geänderte Indexierungsregeln. Durch diese Maßnahmen dürfte sich die finanzielle Tragfähigkeit der Rentensysteme erhöhen. In den meisten OECD-Ländern wird das Rentenalter 2050 bei mindestens 67 Jahren liegen. In einigen anderen Ländern wurde das Rentenalter direkt an die Entwicklung der Lebenserwartung geknüpft. Zweitens haben die Länder Möglichkeiten einer privaten kapitalgedeckten Altersvorsorge untersucht. Während in der Tschechischen Republik, in Israel und im Vereinigten Königreich Rentensysteme mit Beitragsprimat eingeführt wurden, wurden entsprechende Systeme in Polen und Ungarn verkleinert bzw. ganz geschlossen.

Mit den Rentenreformen, die im Verlauf der letzten zwanzig Jahre durchgeführt wurden, hat sich die Höhe der Renten verringert, mit denen Personen, die heute in den Arbeitsmarkt eintreten, später einmal rechnen können. Durch einen längeren Verbleib im Erwerbsleben kann ein Teil dieser Verluste aufgewogen werden, allerdings bringen sämtliche Beitragsjahre heute im Allgemeinen weniger Rentenansprüche als vor den Reformen. Die Renten werden zwar entlang des gesamten Verdienstspektrums abnehmen, die meisten Länder haben jedoch Vorkehrungen getroffen, um die untersten Einkommensgruppen vor den Effekten der Leistungskürzungen zu schützen; überall außer in Schweden werden die Spitzenverdiener am stärksten von den Reformen betroffen sein.

Sicherung eines angemessenen Lebensstandards im Alter

Die Verringerung der Altersarmut war einer der größten Erfolge der Sozialpolitik der OECD-Länder. 2010 betrug die durchschnittliche Altersarmutsquote 12,8% und war damit trotz der großen Rezession rückläufig im Vergleich zu 2007, als sie noch bei 15,1% gelegen hatte. In vielen OECD-Ländern ist das Armutsrisiko in jüngeren Jahren höher als im Alter. Das durchschnittliche Einkommen der Bevölkerung ab 65 Jahren beläuft sich im OECD-Raum auf 86% des durchschnittlichen verfügbaren Einkommens der Gesamtbevölkerung, proportional am höchsten ist es mit fast 100% in Luxemburg und Frankreich, am niedrigsten mit weniger als 75% in Australien, Dänemark und Estland. Zur Untersuchung der tatsächlichen finanziellen Lage der Rentner müssen jedoch noch andere Faktoren – z.B. Wohneigentum, Finanzvermögen und öffentliche Dienstleistungen – berücksichtigt werden.

Im OECD-Durchschnitt sind über drei Viertel der Bevölkerung ab 55 Jahren Wohneigentümer. Wohneigentum kann einen wesentlichen Beitrag zum Lebensstandard im Alter leisten, weil mit ihm Mietausgaben gespart werden können und weil Wohneigentum bei Bedarf durch Verkauf, Vermietung oder Abschluss einer umgekehrten Hypothek (Immobilienrente) zu Geld gemacht werden kann. Dennoch können auch Wohneigentümer unter Einkommensarmut leiden und Schwierigkeiten dabei haben, zusätzlich zu ihren Lebenshaltungskosten noch die Kosten ihrer Immobilie zu tragen.

Finanzvermögen kann eine Ergänzung zu anderen Alterseinkommensquellen darstellen. Leider fehlt es in diesem Bereich an aktuellen, international vergleichbaren Daten, weshalb sich nur schwer eine umfassende Analyse anstellen lässt. Inwieweit Finanzvermögen zur Verringerung von Altersarmut beitragen kann, hängt von seiner Verteilung ab; da das Finanzvermögen stark auf das obere Ende der Einkommensverteilung konzentriert ist, dürfte sein Effekt auf die Altersarmut begrenzt sein.

Auch der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Sozialwohnungen hat Auswirkungen auf den Lebensstandard älterer Menschen. Ein wichtiger Faktor ist die Langzeitpflege, auf deren Kosten im Fall eines stärkeren Pflegebedarfs (25 Stunden pro Woche) mehr als 60% des verfügbaren Einkommens älterer Menschen entfallen können (niedriger dürfte dieser Anteil nur für das wohlhabendste Fünftel der Altenbevölkerung sein). Frauen, die eine längere Lebenserwartung haben als Männer, beziehen in der Regel geringere Renten und verfügen auch über weniger Vermögen, so dass für sie ein besonders hohes Risiko der Altersarmut besteht, falls sie pflegebedürftig werden. Öffentliche Dienstleistungen dürften der Altenbevölkerung im Verhältnis stärker zugute kommen als der Bevölkerung im Erwerbsalter: Rechnet man ihren Wert zu den eigentlichen Einkommen hinzu, machen öffentliche Sachleistungen etwa 40% des Einkommens im weiteren Sinne älterer Menschen aus (gegenüber 24% für die Bevölkerung im Erwerbsalter).

Wichtigste Ergebnisse

Mit der Bevölkerungsalterung werden die Rentenausgaben in vielen OECD-Ländern in der Tendenz steigen. Die jüngsten Reformen zielten darauf ab, die finanzielle Tragfähigkeit der Rentensysteme durch die Reduzierung der künftigen Rentenausgaben zu wahren bzw. wiederherzustellen. Damit könnte die Frage der sozialen Tragfähigkeit der Rentensysteme und der Sicherung ausreichender Alterseinkommen zu einer großen Herausforderung für die politisch Verantwortlichen werden.

- Die Rentenansprüche werden in Zukunft im Allgemeinen geringer sein, und nicht alle Länder haben eine spezielle Einkommenssicherung für Geringverdiener eingerichtet. Für Personen mit unvollständiger Erwerbsbiografie wird es schwierig werden, ein ausreichendes Renteneinkommen aus der öffentlichen Alterssicherung zu beziehen, und die Wahrscheinlichkeit, dass sie dies durch Leistungen aus privaten Altersvorsorgesystemen kompensieren können, dürfte noch geringer sein, da diese Systeme im Allgemeinen keine Umverteilung zu Gunsten ärmerer Rentner vornehmen.
- Es ist wichtig, dass die Menschen länger Rentenversicherungsbeiträge entrichten, damit sie ihre späteren Rentenansprüche erhöhen können und besser abgesichert sind. Die Anhebung des Rentenalters allein reicht jedoch nicht aus, um sicherzustellen, dass die Betroffenen auch wirklich erwerbstätig bleiben. Im Hinblick auf die Bevölkerungsalterung bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes.
- Das Renteneinkommen speist sich aus verschiedenen Quellen, die unterschiedlichen Risiken unterliegen, z.B. im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktsituation, den politischen Rahmenbedingungen, der Wirtschaftslage und den individuellen Lebensumständen. Arbeitslose und Personen mit Langzeiterkrankungen oder Behinderungen sind u.U. nicht in der Lage, ausreichende Rentenansprüche zu erwerben.
- Die heutigen Rentner beziehen ein relativ hohes Einkommen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung: 86% im OECD-Durchschnitt. Dies und die Verringerung der Altersarmut gehören zu den großen Erfolgen der Politik der letzten Jahrzehnte.
- Wegen des damit verbundenen Stigmas, unzureichender Informationen über die bestehenden Möglichkeiten sowie sonstiger Gründe beantragen nicht alle älteren Menschen, die finanzielle Hilfe benötigen, die für sie vorgesehenen Sozialleistungen. Daher gibt es ein gewisses Maß an verdeckter Altersarmut.
- Die Sparmaßnahmen in den öffentlichen Rentensystemen, die Tendenz zu einer Verlängerung des Erwerbslebens und die stärkere Abhängigkeit von der privaten Altersvorsorge könnten die Ungleichheiten zwischen den Rentnern erhöhen.
- Wohneigentum und Finanzvermögen können die Leistungen aus der öffentlichen Alterssicherung ergänzen. Für sich genommen scheinen sie aber keine Einkommensquellen zu sein, von denen erwartet werden kann, dass sie als Ersatz für ein richtiges Renteneinkommen dienen können. Wir benötigen dringend bessere, international vergleichbare Daten hierzu, um genauer untersuchen zu können, welchen Beitrag Wohneigentum und Finanzvermögen zur Sicherung eines ausreichenden Einkommens im Alter leisten können.
- Öffentliche Dienstleistungen sind wichtige Alterseinkommensergänzungen. Dies gilt insbesondere für Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege. Solche Dienstleistungen kommen den ärmsten Rentnern relativ gesehen deutlich stärker zugute als reicheren Rentnerhaushalten. Öffentliche Leistungen werden eine zunehmend wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Altersarmut unter kranken und pflegebedürftigen älteren Menschen spielen.

© OECD

Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.

Sie sind unentgeltlich beim Online-Bookshop der OECD erhältlich unter Bookshop www.oecd.org/bookshop

Wegen zusätzlicher Informationen wenden Sie sich bitte direkt an die OECD Rights and Translation Unit, Public Affairs and Communications Directorate unter: rights@oecd.org oder per Fax: +33 (0)1 45 24 99 30.

OECD Rights and Translation unit (PAC)

2 rue André-Pascal, 75116

Paris, France

Besuchen Sie unsere Website www.oecd.org/rights



Die komplette englische Fassung erhalten Sie bei OECD iLibrary!

© OECD (2013), *Pensions at a Glance 2013: OECD and G20 Indicators*, OECD Publishing.

doi: 10.1787/pension_glance-2013-en